

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1480) betreffend „Mehr Schulbusse für unsere Schülerinnen und Schüler!“ (Zahl 22 - 1181) (Beilage 1807).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Mehr Schulbusse für unsere Schülerinnen und Schüler!“, in ihrer 33. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 08.02.2023, beraten.

Landtagsabgeordneter Gerald Handig wurde zum Berichtersteller gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Gerald Handig den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Mehr Schulbusse für unsere Schülerinnen und Schüler!“, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 08.02.2023

Der Berichtersteller:  
Gerald Handig eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Mag. Christian Dax eh.

*Frau  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 8. Februar 2023

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 1181, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend „Mehr Schulbusse für unsere Schülerinnen und Schüler!“**

Auf bestimmten Buslinien im Burgenland kann es, insbesondere am Morgen, zu erhöhten Fahrgastaufkommen kommen. Dies führt in weiterer Folge bei stark nachgefragten Destinationen mitunter zu Kapazitätsproblemen, insbesondere kurz vor Erreichen der schulnahen Endhaltestellen. Grundsätzlich sieht das Kraftfahrliniengesetz vor, dass im Falle von Personen unter 14 Jahren drei Kinder für jeweils zwei Sitzplätze gerechnet werden können. Davon machen das Land Burgenland bzw. die Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) GmbH als Leistungsbesteller im Regionalbusbereich keinen Gebrauch, weder in der Vergangenheit noch aktuell. Jedoch wird die Finanzierung der Schulbusverkehre seitens des Bundes nur gemäß dieser „drei Kinder pro zwei Sitzplätze-Regel“ den Ländern, bzw. den Verbänden zur Verfügung gestellt, für darüberhinausgehend bestellte Kapazitäten müssen die Länder alleine aufkommen. Sobald die maximale Fahrgastzahl (zugelassene Sitz- und Stehplätze) überschritten wird, werden gerade im Schülerverkehr nach Möglichkeit, Machbarkeit und entsprechend der budgetären Situation geeignete Maßnahmen (größerer Bus, Verstärkerbus) durch das Land ergriffen. Auf Linien, wo die maximale Fahrgastanzahl zwar noch nicht erreicht ist, aufgrund der Steh- und Sitzplatzbelegung aber Probleme bei der Mitnahme von Fahrgästen entstehen, werden konsequenterweise geeignete Maßnahmen geprüft. Es ist jedoch nicht immer ohne weiteres möglich, neue Verbindungen zu schaffen, gerade wenn nicht genügend zusätzliche Busse bzw. LenkerInnen vorhanden sind.

Bei Umverteilungsproblemen, also wenn ausreichende Busverbindungen für die Gesamtzahl der SchülerInnen vorhanden sind, sich diese jedoch aus verschiedenen Gründen unverhältnismäßig auf die einzelnen Kurse verteilen, wurden bzw. werden konkrete Maßnahmen gesetzt. Dies war in den vergangenen Wochen insbesondere im Raum Eisenstadt-Umgebung der Fall. Zum einen wurden hier gemeinsam mit dem VOR, der Bildungsdirektion Burgenland sowie der Mobilitätszentrale Burgenland abgestimmte Maßnahmen zur Lenkung der Fahrgäste vorgenommen, beispielsweise eine Informationsaktion der Mobilitätszentrale mit Flugblättern und kleinem Frühstück, um SchülerInnen auf alternative Routen und beispielsweise auf durch Taschen blockierte Sitzplätze aufmerksam zu machen. Zum anderen wird es mit Anfang 2023 zu Entlastung für SchülerInnen von Steinbrunn - Müllendorf - Großhöflein mit dem Schulstandort Eisenstadt durch die Führung eines neuen Verstärkerkurses kommen. Dieser wurde als eine weitere konkrete Maßnahme geplant und vom Land Burgenland über den VOR bestellt.

Für das nächste Schuljahr sind bereits Planungs- und Abstimmungstermine mit dem VOR, der zukünftig verkehrsführenden Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH (VBB) und der Mobilitätszentrale Burgenland akkordiert, um die Engpässe im SchülerInnenlinienverkehr zu Beginn des Winter- bzw. Sommersemesters bereits vor seiner Entstehung nach Möglichkeit zu entschärfen. Darüber hinaus arbeiten das Land Burgenland und die VBB gemeinsam mit den Schuldirektionen des Landes daran, die Schulbeginn- und -endzeiten nach Möglichkeit so zu optimieren, dass eine konfliktfreiere und komfortablere Bedienung erfolgen kann.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, für das nächste Schuljahr mit den VBB und der Mobilitätszentrale Burgenland Engpässe im SchülerInnenlinienverkehr zu Beginn des Winter- bzw. Sommersemesters bereits vor seiner Entstehung nach Möglichkeit zu entschärfen, indem man rechtzeitig mit dem VOR Planungs- und Abstimmungstermine akkordiert.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge mittels Regierungsvorlage eine „jedes Kind einen Sitzplatz-Regel“ dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorlegen und somit auch die Finanzierung zusätzlicher Busse für den SchülerInnenverkehr sicherstellen.